



von Sylvie Debelyak

Da wird es wieder grausige Berichte geben“, atmet Rosmarie Pamer aus, als sich nur noch wenige Anwesende im Raum befinden. Die abfallende Anspannung ist der Landesrätin nach diesem unbequemen Treffen sichtlich ins Gesicht geschrieben. Man bemühe sich bereits um Lösungen, wie sie stets betont. Doch bei vielen pflegenden Angehörigen, die seit Monaten auf das Pflegegeld warten, scheint sie mit dieser Beschichtigung inzwischen auf Granit zu beißen.

Denn angesichts der sich stapelnden Gesuche um Pflegeeinstufung haben viele Familien genug vom langen Warten. Das belegen auch die insgesamt 4.163 Unterschriften, die im Rahmen der Petition „Wir warten nicht mehr“ gesammelt wurden. Gestern wurde sie im Beisein der Initiatorin Ulrike Hilber, Monika Sinn (eine pflegende Angehörige) und der Team-K-Abgeordneten Maria Elisabeth Rieder an die Landesrätin übergeben. Darin fordern die Unterzeichnenden schnellere Pflegeeinstufungen sowie einen Notfallplan zur Entlastung. Anstatt der gesetzlich vorgesehenen Bearbeitungsfrist von 60 Tagen müssen viele Familien nämlich bis zu elf Monate auf eine Antwort warten.

Parallel dazu hat die Opposition rund um Rieder einen entsprechenden Beschlussantrag eingebracht. Dieser sieht unter anderem vor, offene Anträge kurzfristig von Amts wegen einzustufen – so, wie es bereits während der Corona-Pandemie der Fall war. „Wenn Menschen monatelang auf eine Einstufung warten müssen, entsteht eine

„Wir sind in keiner Ausnahmesituation“

Bei der Übergabe der **Unterschriftensammlung** zu den langen Wartezeiten bei der Pflegeeinstufung geriet Soziallandesrätin **Rosmarie Pamer** in **Bedrängnis**. Warum der **„Notfallplan“** der Opposition im Landtag dennoch **ohne Mehrheit** blieb.

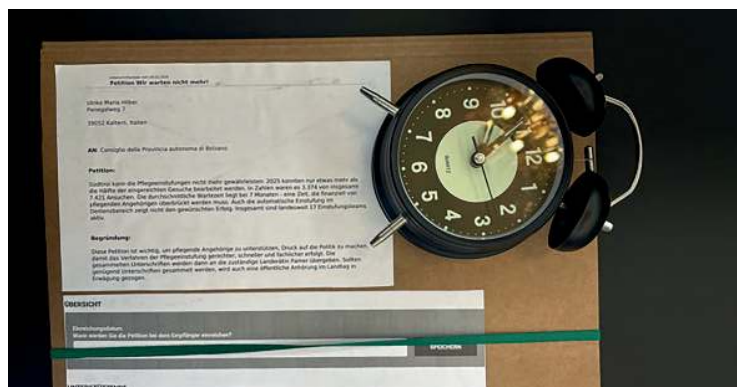
Versorgungslücke, die von den Angehörigen geschlossen wird – oft unter enormer psychischer und finanzieller Belastung. Wir brauchen jetzt einen klaren Notfallplan. Als Erstes muss der Stau an Gesuchen abgearbeitet werden. Wenn außergewöhnliche Belastungen bestehen, müssen auch außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden“, so Rieder.

Einen „Notfallplan“, um die Rückstände aus der Corona-Pandemie aufzuarbeiten und eingehende Gesuche künftig effizienter zu bearbeiten, gebe es jedoch bereits und er sei im Herbst vorgestellt worden,

„So einen schönen Wecker hatte ich noch nie.“

Rosmarie Pamer

sagt die Landesrätin. Derzeit würden mehrere Maßnahmen umgesetzt, darunter die Zuweisung einer Pflegestufe für Personen mit Demenzdiagnose auf Grundlage einer Diagnose der Memory Clinic, zusätzliche Räumlichkeiten für Büroeinstufungen, eine Aufstockung der Personalressourcen sowie die Optimierung der Verwaltungsabläufe.



Darüber hinaus sei eine Einstufung von Amts wegen rechtlich gar nicht umsetzbar, wie Pamer ausführte: „Wir sind in keiner Ausnahmesituation wie während der Corona-Pandemie, als wir in allen Bereichen Sondermaßnahmen einführen konnten. Deshalb fehlt für eine solche Maßnahme die rechtliche Grundlage.“ Außerdem würde die Auszahlung öffentlicher Mittel in diesem Fall ohne vorherige individuelle Überprüfung des tatsächlichen Pflege- und Betreuungsbedarfs erfolgen. Aus diesem Grund würde eine pauschale Amtseinstufung das

Problem nicht lösen, sondern lediglich verschieben, erklärt die Landesrätin, da eine fachliche Einstufung zu einem späteren Zeitpunkt ohnehin erforderlich wäre. Auch Hausärzte seien nicht befugt, eine Pflegeeinstufung vorzunehmen. Zudem befürchtet Pamer eine anschließende „Flut an Ansuchen“, weil viele hoffen würden, allein durch einen Antrag in eine Pflegestufe zu gelangen.

Am Ende wurde der Antrag der Opposition gestern im Rahmen der Landtagssitzung von der Mehrheit blockiert. Dennoch betont



Pamer, die Forderungen und Anliegen der Unterzeichnenden sowie der Bürger sehr ernst zu nehmen: „Es ist wichtig, dass wir über Pflege zu Hause sprechen. Und es gibt noch weitere Vorschläge, die wir dankbar annehmen und uns näher anschauen werden, etwa die Einrichtung eines interdisziplinären Arbeitstisches mit Experten und Vertretern pflegender Angehöriger.“



4.163 Unterschriften: „Nehme die Forderungen sehr ernst.“

Einen klaren Fahrplan zur Verkürzung der Wartezeiten bleibt die Landesrätin den Betroffenen damit jedoch weiterhin schuldig. Vielleicht rührt daher auch die kleine „Aufmerksamkeit“, die Pamer bei der gestrigen Übergabe der Unterschriftensammlung noch erhielt: ein Wecker, der wohl in jeder Hinsicht auf das Thema Zeit in der Pflege hinweisen soll. Pamer zeigte sich trotzdem optimistisch und bedankte sich pflichtgemäß für das Geschenk: „So einen schönen Wecker hatte ich noch nie.“